



Methodismus international

30.04.2014

Von Hans Martin Renno

## Die EmK und das Militär

Krieg ist kein Mittel der Wahl – auch wenn es viele Krisenherde auf der Welt gibt.

Die Ereignisse in der Ukraine jagen vielen Menschen auch hierzulande Angst ein. Gleichzeitig wird in der Politik der Ruf nach einem militärischen Eingreifen der Europäischen Union lauter, viele Medien stimmen in die Forderungen ein. Was sagt eigentlich unsere Kirche zu solchen Überlegungen? Hans Martin Renno gibt einen Überblick.

Wer fragt, wie die Evangelisch-methodistische Kirche zu internationalen Militäreinsätzen als ein Mittel deutscher Außen- und Bündnispolitik steht, findet in den Sozialen Grundsätzen unter den Überschriften »Krieg und Frieden«, »Militärdienst« und »Macht und Verantwortung des Staates« recht eindeutige Antworten: »Wir glauben, dass Krieg mit der Lehre und dem Beispiel Christi unvereinbar ist.« Das hat weitreichende Konsequenzen: »Wir verwerfen deshalb den Krieg als Mittel nationaler Außenpolitik.« Und: »Wir missbilligen den Krieg und drängen auf die friedliche Beilegung aller Meinungsverschiedenheiten zwischen

Nationen.« Damit werden militärische Einsätze konsequent abgelehnt; denn vom Militär geht kein Friede aus. Und militärische Präsenz oder militärisches Handeln ist keine Gewähr für Sicherheit. »Wir drängen auf die Durchsetzung von Recht und Gesetz als Leitgedanken in internationalen Fragen, um Krieg, Gewalt und Zwang abzuschaffen.«

## **Die Feindesliebe steht**

Grundsätzlich gilt: Politik wird für die Menschen gemacht und nicht gegen sie; nicht zu ihrer Unterwerfung und erst recht nicht, um sie zu vernichten. Politisches Handeln hat nicht nur Freunde, Verbündete, Partner im Blick, vielmehr gilt: »Als Nachfolgerinnen und Nachfolger Christi sind wir berufen, unsere Feinde zu lieben, nach Gerechtigkeit zu streben und in Konflikten versöhnend zu wirken. Wir bestehen darauf, dass es die oberste moralische Pflicht aller Staaten ist, gemeinsam daran zu arbeiten, alle zwischen oder unter ihnen aufkommenden Konflikte mit friedlichen Mitteln zu regeln. Wir setzen uns für die Ausweitung und Stärkung der internationalen Abkommen und Einrichtungen ein, die einen gesetzlichen Rahmen schaffen, um auf Aggression, Terrorismus und Völkermord zu reagieren.«

Ziel der Politik muss sein: Frieden erhalten und fördern beziehungsweise Frieden stiften und dauerhaft sichern. Dem steht freilich jegliches Denken in Freund-Feind-Kategorien im Weg: Die Ernsthaftigkeit einer am Frieden orientierten Politik muss daran gemessen werden, dass aus vormaligen Feinden Freunde werden. Gewalt bei der Lösung von Konflikten anzuwenden, ist zu verlernen. Stattdessen sind gewaltfreie Konfliktlösungsformen einzuüben. Dabei gilt es, die unterschiedlichen zivilen, diplomatischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten auszunutzen.

## **Rüstungsexporte verbieten**

Auch zum Thema Waffenproduktion und Waffenhandel sind die Sozialen Grundsätze eindeutig: »Wir glauben, dass für die Regierungen bei der Festlegung ihrer Prioritäten menschliche Werte schwerer wiegen müssen als militärische Forderungen: Die Militarisierung der Gesellschaft muss hinterfragt und beendet werden; Herstellung, Verkauf und Verteilung von Waffen müssen eingeschränkt und kontrolliert werden; Produktion, Besitz und Gebrauch von Atomwaffen müssen geächtet werden.« Nicht zuletzt müssen Rüstungsexporte konsequent eingeschränkt werden, am besten sollten sie unterbleiben. Noch besser sollte sich die Rüstungsproduktion einer Konversion hin zur Produktion ziviler Güter unterziehen.

Starke Staaten sehen die Sozialen Grundsätze in besonderer Verantwortung: »Einige Staaten besitzen mehr militärische und wirtschaftliche Macht als andere. Auf den starken ruht die Verantwortung, ihren Reichtum und Einfluss zurückhaltend einzusetzen ...

Wir drängen die politisch einflussreichen Staaten, ihre Macht gewaltfrei dazu zu nutzen, die politische, soziale und wirtschaftliche Selbstbestimmung anderer Nationen auszuweiten, anstatt ihre eigenen Sonderinteressen zu verfolgen. Wir

begrüßen internationale Bemühungen zur Entwicklung einer gerechteren Wirtschaftsordnung, in der die begrenzten Ressourcen der Erde zum größtmöglichen Nutzen aller Staaten und Völker eingesetzt werden. Wir fordern die Christinnen und Christen in jedem Land dazu auf, ihre Regierung und ihre Wirtschaftsunternehmen zur Entwicklung gerechterer Wirtschaftsordnungen zu drängen und dafür zu arbeiten.«

## **Die Macht des Bösen ist begrenzt**

Eine Politik, die am Menschen ausgerichtet ist, wird durch ihr Engagement für den Frieden auch Arbeit für Gerechtigkeit sein. Benachteiligten im eigenen Land und weltweit widerfährt dann Gerechtigkeit. Humanitäre Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit, Bildung, zivilgesellschaftliches Handeln statt Neid, Aggression, Kampf und Gewalt sind einzuüben.

Als Christinnen und Christen finden wir uns nicht ab mit den scheinbar unüberwindbaren Verhältnissen von Gewalt und Ungerechtigkeit: »Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem« (Römer 12,21). Das Böse unter uns auf der Erde ist ernst zu nehmen, aber wir glauben, dass es in seiner Macht begrenzt ist, weil wir hier auf der Erde im Reich Gottes leben – und Gott ist stärker als Gewalt und Tod und alle Mächte dieser Welt.

Dietrich Bonhoeffer schrieb: »Es gibt keinen Weg zum Frieden auf dem Weg der Sicherheit.« »Nach dem Zeugnis der Bibel ist wahre Sicherheit ein Geschenk Gottes. Diejenigen werden in Frieden und Sicherheit leben, die auf Gott vertrauen und sich ihren Nächsten gegenüber recht verhalten. Das macht sie verletzlich und mag Leiden verursachen. Aber die Gewissheit, dass sie niemand aus des Vaters Hand reißen kann (Johannes 10,29), macht sie frei, für Versöhnung und wahren Frieden zu arbeiten.« Friede ist ein Wagnis. Es gibt keinen Weg zum Frieden außer auf dem Weg des Friedens (dieser Satz wird sinngemäß Mahatma Gandhi zugesprochen).

Der erste Schritt ist Vertrauen: Vertrauen wagen und Vertrauen anbieten. Vertrauen kann Versöhnung bewirken. »Der Weg zu wirklichem Frieden und echter Sicherheit ist Versöhnung.« In 2.Korinther 5 schreibt Paulus, dass den Christinnen und Christen das Amt gegeben ist, das die Versöhnung predigt. Weil wir das Geschenk der Versöhnung mit Gott erhalten (haben), sind wir auch zum Dienst der Versöhnung berufen: Friedensstifter und Friedensstifterin sein.

Hans Martin Renno

Foto: flickr.com / U.S. ARMY ERUOPE IMAGES / CC BY-NC 2.0